

Bundeshaushalt 2010

Haushalt im Zeichen der Krisenbewältigung

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch Deutschland hart getroffen. Im letzten Jahr sank die Wirtschaftsleistung um historisch einmalige 5 Prozent. Um die Folgen der Krise zu begrenzen, war und bleibt entschlossenes Handeln unerlässlich. Ziel der christlich-liberalen Koalition ist es, gleichzeitig Impulse für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, für Entlastungen der Bürger sowie für die Beschäftigungssicherung zu setzen. Der Bundeshaushalt 2010 spiegelt diese Anstrengungen wider.

Betriebe und Bürger brauchen Luft zur Überwindung der Krise. Einen Beitrag hierzu leisten die Konjunkturpakete sowie das „Bürgerentlastungsgesetz“ aus dem letzten Jahr. Zusätzliche Wirtschaftsdynamik bringt das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der christlich-liberalen Koalition, das im Rekordtempo unter Dach und Fach gebracht wurde. Zusammengenommen werden Bürger und Unternehmen um 26 Mrd. € entlastet. Wesentliche Maßnahmen: Die Erhöhung des Kindergeldes, die Einkommensteuersenkungen, Korrekturen bei krisenverschärfenden Maßnahmen im Unternehmenssteuerbereich sowie die erweiterte Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge.

„Mehr Netto vom Brutto“

Dieser CSU-Leitsatz ist kein Phantom, sondern Realität, wie Millionen von Arbeitnehmerhaushalten auf ihren Lohnabrechnungen in diesem Monat sehen können: Einer Familie mit zwei Kindern und einem Durchschnittseinkommen von rund 29.000 € stehen in diesem Jahr über 1.000 € mehr zur Verfügung.

Rekordverschuldung für eine rasche Überwindung der Krise

Die Folgen der Krise reißen erhebliche Löcher in die öffentlichen Haushalte: Die Konjunkturschwäche lässt die Steuereinnahmen sinken, zugleich kosten die ergriffenen Maßnahmen zur Krisenüberwindung Milliarden. Mit Mehrausgaben von über 23 Mrd. € für den Arbeitsmarkt werden erhebliche

Anstrengungen unternommen, um eine rasant ansteigende Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die bisher ergriffenen Maßnahmen auf diesem Feld, vor allem die Anpassungen beim Kurzarbeitergeld, zeigen, dass dieser Kurs erfolgreich ist. Der deutsche Arbeitsmarkt erweist sich als vergleichsweise robust.

Investitionen in Bildung und Forschung

Gerade in der Krise dürfen Investitionen in die Zukunft nicht vernachlässigt werden. Um die langfristige Zukunftskraft Deutschlands zu stärken, werden in den Jahren 2010 bis 2013 zusätzlich 12 Mrd. Euro für Bildung und Forschung aufgewendet. So ist es fest in der christlich-liberalen Koalition vereinbart. Dies sichert zukunftssträchtige Arbeitsplätze und Chancen auf den Weltmärkten.

Herkulesaufgabe Defizitabbau

Der Haushaltsentwurf für 2010 und die mit ihm verbundene Rekordneuverschuldung von annähernd 86 Mrd. € ist Spiegelbild der Krisenfolgen. Das strukturelle Defizit des Jahres 2010 beträgt annähernd 70 Mrd. €. Dieses Defizit muss bis 2016 auf etwa 10 Mrd. € schrittweise zurückgeführt werden. Der Abbau der zur Krisenbewältigung alternativlos notwendigen Ausweitung der Neuverschuldung wird nur gelingen, wenn schnell neue Wirtschaftsdynamik erreicht wird. Der Bundeshaushalt 2010 schafft hierfür die notwendigen Voraussetzungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

beim Thema Mehrwertsteuerermäßigung für das Übernachtungsgewerbe erlebt das politische Berlin in diesen Tagen eine Polit-Posse der besonderen Art. Man mag bei diesem Thema unterschiedliche Auffassungen vertreten können. Nur sollte man dann auch konsequent sein. Doch davon kann bei SPD und Grünen wahrlich nicht die Rede sein. Während die maßgeblichen Führungskräfte der Opposition im Deutschen Bundestag heute die Mehrwertsteuerermäßigung als reine Klientelpolitik diffamieren, haben ihre Vertreter im Bayerischen Landtag und andernorts genau dies selbst vehement gefordert. Noch im Januar 2006 verlangte die SPD im Bayerischen Landtag von der Bayerischen Staatsregierung, „ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass der Bund für die Hotellerie den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent einführt.“ Auch in tourismuspolitischen Leitsätzen der Bundes-SPD findet sich diese Forderung wieder. Das gleiche Ziel verfolgen seit Jahren die bayerischen Grünen. Doch kaum ist diese Maßnahme umgesetzt, poltern die Spitzen von Rot und Grün sowie der bayerische SPD-Landesvorsitzende Pronold, FDP und CSU hätten damit nur ihr Klientel bedienen wollen. Verkehrte Welt!

Glaubwürdigkeit sieht wahrlich anders aus. Offenbar tut sich die SPD im Bund schwer damit, ihre neue Rolle als Opposition zu finden. Dies hat sie in der Haushaltsdebatte dieser Woche jedenfalls eindrucksvoll bestätigt. Harsche Kritik ist die eine Sache. Nur kann es nicht sein, die christlich-liberale Koalition heute für grundlegende Entscheidungen wie etwa Steuersenkungen zu kritisieren, die man bis vor kurzem noch als Regierungspartei mit verantwortet hat.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Peter Friedrich MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag



Verkehrspolitik

Keine „geheime Streichliste“ von Bahnprojekten

Weder hat es „Geheimtreffen“ mit Bahnchef Rüdiger Grube gegeben, noch kenne er irgendeine „Sreichliste“ der Deutschen Bahn für Schieneninvestitionen. Mit diesen klaren Aussagen wandte sich Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer am Donnerstag gegen mehrere Presseberichte, die in den letzten Tagen für einigen Wirbel gesorgt hatten.

Stand ist vielmehr, dass der Bundesverkehrswegeplan derzeit überarbeitet und neu bewertet wird. Dass die Deutsche Bahn in diesem Zusammenhang Projektlisten mit entsprechenden Finanzierungsständen führt, ist normal und selbstverständlich. „Wir entscheiden nach Bedarf und nicht nach möglichen ‚Sreichlisten‘“, stellt Dr. Ramsauer klar. Ausschlaggebende Kriterien für den Bau einzelner Strecken seien dabei Wirtschaftlichkeit und Realisierbarkeit.

Bei der laufenden Überprüfung der wichtigsten noch nicht begonnenen Projekte könne es möglicherweise zu neuen Prioritäten kommen. Die Überprüfung werde in einigen Monaten

abgeschlossen sein, versicherte der Bundesverkehrsminister.



Bei allen noch zu unternehmenden Anstrengungen im Bereich Infrastrukturausbau: Im internationalen Vergleich gilt das dichte Verkehrsnetz zu Recht als Stärke des Standorts Deutschland. Mit 35 Autobahnkilo-

metern je 1.000 Quadratkilometern Fläche ist Deutschland z.B. gegenüber vergleichbar großen Ländern wie Frankreich oder Großbritannien gut ausgestattet. Frankreich und Großbritannien kommen gerade einmal auf 17 bzw. 15 Autobahnkilometer. Allerdings müssen die deutschen Straßen durch die zentrale Lage in der EU ein immer höheres Verkehrsaufkommen verkraften, weshalb die weitere Ertüchtigung des Straßennetzes dringlich ist. Auch beim Transport auf der Schiene ist Deutschland international gut gerüstet. Unser Land verfügt über 95 Kilometer Eisenbahnstrecken pro 1.000 Quadratkilometer Fläche; Großbritannien über 67, Italien über 56, Frankreich über 54, Japan gar nur über 53.

Diese Woche

Bundeshaushalt 2010 Haushalt im Zeichen der Krisenbewältigung	1
Verkehrspolitik Keine „geheime Streichliste“ von Bahnprojekten	2
Erneuerbare Energien Rückführung der Solarenergie-Förderung ist Resultat einer Erfolgsgeschichte	2
Landwirtschaftspolitik Grüne Woche als Barometer für kommende Agrarpolitik	3
Kommunen Mehr kommunale Investitionen dank Konjunkturpaket II	3
Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2010 Dr. Hans-Peter Friedrich: „Christlich-liberales Gemeinschaftsprojekt wird unser Land aus der Krise führen“	4/5

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Erneuerbare Energien

Rückführung der Solarenergie-Förderung ist Resultat einer Erfolgsgeschichte

Die Entwicklung der Photovoltaik in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte, die ohne die gezielte Förderung der Erneuerbaren Energien undenkbar wäre. Unser Land gehört technologisch zu den Weltmarktführern. Auch bei der Verbreitung von Solarstromanlagen nimmt unser Land eine rasante Entwicklung. In Folge der verbreiteten Marktreife und -anwendung sanken die Kosten für Solarstrommodule seit 2008 um rund 30 Prozent. Die nunmehr angestrebte Rückführung der Solarförderung ist damit gerechtfertigt vor allem auch Resultat dieser Erfolgsgeschichte.

Das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) sieht für die Einspeisung von Solarstrom in das öffentliche Stromnetz bei neuen Anlagen Vergütungssätze bis zu 39 Cent pro Kilowattstunde für die garantierte Dauer von 20 Jahren vor. Diese günstigen Förderbedingungen haben in den letzten Monaten einen wahren Boom an Solaranlagen ausgelöst. 2009 sind Anlagen mit einer Kapazität von über 3.000 Megawatt installiert worden, was Investoren und Betreibern Renditen bis in den zweistelligen Bereich beschert.

Bezahlt wird die garantierte Einspeisevergütung durch eine von allen Stromkunden zu bezahlende Umlage.

Wegen der erfreulicherweise stark sinkenden Kosten für Solaranlagen muss inzwischen von einer deutlichen Überförderung der Photovoltaik gesprochen werden.

Die jetzt von der christlich-liberalen Koalition in Angriff genommene Rückführung dieser Überförderung um 15 Prozent passt die Einspeisevergütung den neuen Gegebenheiten an und spart den Stromkunden Kosten, ohne allerdings die weitere Marktentwicklung zu gefährden. Die beabsichtigten neuen Regelungen führen bei den Stromverbrauchern zu Einsparungen von jährlich rund einer Milliarde Euro.

Landwirtschaftspolitik

Grüne Woche als Barometer für kommende Agrarpolitik

Auf der von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner eröffneten weltgrößten Leistungsschau der Agrar- und Ernährungswirtschaft, der Internationalen Grünen Woche in Berlin, überzeugte sich auch der CSU-Landesgruppenvorsitzende, Dr. Hans-Peter Friedrich, vom Leistungsumfang der deutschen Landwirtschaft. Dieses spiegelt sich in einem breiten Spektrum an natürlichen und gesunden Produkten wider und trägt zugleich wesentlich zur reichhaltigen Lebensqualität in den ländlichen Räumen bei.

Ein besonderes Augenmerk legte Dr. Friedrich bei seinem diesjährigen Messerundgang auf Innovationen bei den „Nachwachsenden Rohstoffen“. An einer Vielzahl von Messeständen informierte sich Dr. Friedrich über Fortschritte in der Bioenergiewirtschaft und bei der energetischen Nutzung von pflanzlichen Rohstoffen. Gerade an der Vielzahl neuester Entwicklungen im Bereich der Erneuerbaren Energien wird deutlich, welche auch ökonomisch bedeutsamen Zukunftspotenziale hier für die heimischen Landwirte liegen.

Auch in diesem Jahr erweist sich die Internationale Grüne Woche nicht nur als beeindruckende Leistungsschau, sondern zudem als weltweit sichtbares Barometer für die Zukunftsperspektiven der Agrarwirtschaft. Die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft hat mit ihren hochwertigen Produkten dabei hervorragende Möglichkeiten auf den internationalen Märkten, wie die Messe belegt. CSU-Landesgruppe und Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner werden daher die Wirtschaft dabei unterstützen, nach dem Aus für die Centrale Marketing Agentur (CMA) wieder eine funktionsfähige

Exportförderung und Werbung im Inland auf die Beine zu stellen. Dies schließt die Bereitstellung von Haushaltsmitteln ein.



Dr. Hans-Peter Friedrich und Bauernpräsident Gerd Sonnleitner beim gemeinsamen Messerundgang

Auch bei den anstehenden Entscheidungen zur Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik nach dem Jahr 2013 gilt es, die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen, um die positive Entwicklung der Agrarexporte zu unterstützen. Die Landwirte und Unternehmen brauchen Rahmenbedingungen, die verlässlich und nachhaltig sind. Dazu gehört auch weiterhin die Bereitstellung eines Sicherheitsnetzes für krisenhafte Marktentwicklungen. Die politischen Anstrengungen von CSU und CDU werden sich auch

in Zukunft darauf ausrichten, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe zu verbessern und die Wertschätzung von Lebensmitteln aus Deutschland weiter zu erhöhen.

Über die nationalen und europäischen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft sprach der CSU-Landesgruppenvorsitzende im Rahmen seines Messebesuchs in einem längeren Meinungsaustausch mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner. Einig waren sich beide darin, dass die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Bauernschaft im europaweit eingeleiteten Übergang von einem System marktstützender Maßnahmen hin zu mehr Marktorientierung weiterhin honoriert werden müssen. Auf europäischer Ebene müssen deshalb für die nächsten Jahre verlässliche Rahmenbedingungen bestehen. Bereits heute, so Sonnleitner, würden die Weichen für langfristige Perspektiven geschaffen, in denen auch künftig eine starke erste Säule mit EU-Direktzahlungen sowie eine angemessen ausgestattete zweite Säule mit Hilfen zur Entwicklung des ländlichen Raumes Bestand haben.

Kommunen

Mehr kommunale Investitionen dank Konjunkturpaket II

Das Konjunkturpaket II hat sich im Jahr 2009 für die Menschen in vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen positiv ausgewirkt. Der Deutsche Städtetag geht für 2009 davon aus, dass die kommunalen Investitionen um rund 5 Prozent angestiegen sind.

Da die 10 Mrd. Euro Bundesmittel zusammen mit den Zuschüssen der Länder vor allem in Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten fließen, tragen sie erheblich zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur vor Ort bei. Außerdem sichern die Investitionen im Baugewerbe und im Handwerk wertvolle Arbeitsplätze.

Durch die weitsichtige Investitionsorientierung führt ein hoher Anteil der Ausgaben nicht nur heute, sondern auch in der Zukunft zu Erträgen vor Ort. Ein Beispiel dafür ist der Schwerpunkt energetische Sanierung kommunaler Einrichtungen. Von diesen Maßnahmen profitiert

nicht nur die Umwelt. Sie kommen auch den Kommunen selbst zugute. Eine energetisch sanierte Schule spart Betriebskosten. Die staatlich geförderten Investitionen führen damit nicht in erster Linie zu Folgekosten, sondern entlasten in wenigen Jahren die kommunalen Haushalte.

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2010

Dr. Hans-Peter Friedrich: „Christlich-liberales Gemeinschaftsprojekt wird unser Land aus der Krise führen“

In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2010 hat der CSU-Landesgruppenvorsitzende die Entschlossenheit der christlich-sozialen Koalition betont, Deutschland gestärkt aus der Krise heraus zu führen. Erforderlich dazu sei eine Politik, die Wachstum stimuliert, die soziale Balance wahrt und zugleich die notwendige Rückkehr zu solidem Haushalten nicht aus dem Blick verliert. Im Folgenden ist die Rede des CSU-Landesgruppenvorsitzenden in ihren wesentlichen Passagen dokumentiert:

„Die christlich-liberale Koalition legt ihren ersten Haushalt vor; aber es ist nicht der erste Haushalt in einer Krise, sondern bereits der zweite. Den letzten, lieber Herr Steinmeier, haben wir zusammen mit Ihnen verabschiedet. Wir haben festgestellt, dass die Wirtschaftskrise kein Land in der Welt verschont, sondern überall zuschlägt.

Deutschland auf gutem Weg bei der Krisenbewältigung

Es gibt viele Länder, die am Rand des Erträglichen, am Rand des Staatsbankrotts angelangt sind, einige mit Massenarbeitslosigkeit. Unser Land ist bisher relativ verschont geblieben. Das liegt daran, dass Deutschland, dass die deutsche Volkswirtschaft eine hervorragende Substanz hat. Es liegt auch daran, dass vonseiten der deutschen Politik rechtzeitig, schnell und richtig reagiert wurde.

Wir haben in der Großen Koalition zusammen öffentliche und private Investitionen angestoßen. Wir haben mit der Kurzarbeit eine Brücke von der Krise hinüber in die Normalzeiten gebaut. Hoffen wir, dass diese Brücke lang genug sein wird.

Wir haben gemeinsam, Sie von der SPD und wir, im letzten Jahr Steuerentlastungen in Höhe von 14, 15 Mrd. Euro beschlossen, die zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten sind. Ich verstehe nicht, wieso Sie sich jetzt von diesen Beschlüssen, die Sie selbst mitgetragen bzw. vorangetrieben haben, verabschieden wollen.

Neuverschuldung ist das Spiegelbild der Krise

Weil sich diese Krise im Haushalt widerspiegelt, hat der ehemalige SPD-Bundesfinanzminister im Mai letzten Jahres einen Haushaltsentwurf für 2010 vorgelegt, in dem eine Erhöhung

der Neuverschuldung um 86 Mrd. Euro vorgesehen war; das ist die Wahrheit. Diese Rekordneuverschuldung ist das Spiegelbild der Krise.



Dr. Hans-Peter Friedrich

Politik der Krisenbewältigung konsequent weiterentwickeln

Seit drei Monaten regiert eine christlich-liberale Koalition, die die Politik der Krisenbewältigung des letzten Jahres weiterentwickelt hat - konsequent und logisch. Erstens stocken wir den Umfang der Steuerentlastungen, die wir schon im letzten Jahr beschlossen haben, um weitere 8,5 Mrd. Euro auf. Und zwar in allererster Linie - das ist der größte Brocken - für Familien. Dazu stehen wir, weil es richtig ist. Der größte Teil der im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes vorgesehenen Steuersenkungen geht zugunsten der Familien, der kleinere Teil dient der Entlastung der Unternehmen.

Haben Sie von der SPD etwa vergessen, dass die Unternehmen die Grundlage für Arbeitsplätze in diesem Land sind und dass jede Erleichterung für die Unternehmen auch eine Verbesserung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze ist? Insofern ist auch diese zweite Komponente von großer Bedeutung. Trotz dieser neuen Impulse

- wir stellen übrigens 750 Mio. Euro zusätzlich für Forschung und Bildung bereit - sieht unser Haushaltsentwurf eine geringere Neuverschuldung vor als der damalige Entwurf des SPD-Bundesfinanzministers. Das zeigt, dass wir die Dinge solide angegangen sind.

Schutzschirm für Arbeitnehmer

Das Zweite ist: Es gibt in diesem Lande nicht nur einen Schutzschirm für Banken, sondern auch einen Schutzschirm für die Arbeitnehmer. Auch dies haben wir zusammen auf den Weg gebracht. In der jetzigen Krise ist es nämlich richtig, dafür zu sorgen, dass die Lohnnebenkosten nicht steigen, weil dadurch Arbeitsplätze gefährdet werden könnten, was vielleicht zur Folge hätte, dass Kurzarbeit in Arbeitslosigkeit umschlägt. Deshalb haben wir bei den Mitteln für die Bundesanstalt für Arbeit 16 Mrd. Euro draufgelegt und die Mittel für die gesetzliche Krankenversicherung um 4 Mrd. Euro erhöht.

Der Verlauf dieses Jahres und der weitere Verlauf der Wirtschaftskrise sind unsicher. Der Wirtschaftseinbruch in Deutschland betrug 5 Prozent. Ich möchte zu Vergleichszwecken daran erinnern, dass wir beim sogenannten Ölpreisschock in den 70er-Jahren einen Produktionsrückgang um 0,9 Prozent zu verzeichnen hatten. Der damalige Rückgang hat zu einer enorm hohen Arbeitslosigkeit geführt. Insofern kann man im Vergleich zu damals ermesen, was ein Rückgang um 5 Prozent bedeutet und wie gut es uns gelungen ist, die Arbeitslosigkeit im Zaum zu halten und sie nicht ausufern zu lassen.

Soziale Marktwirtschaft ist Wegweiser aus der Krise

Gefahren lauern allerdings auch in manchen unserer Partnerländer, die

finanziell und wirtschaftlich zum Teil schwach auf der Brust sind; auch hier müssen wir uns auf vieles einstellen. Wir wissen nicht, was dieses Jahr bringt. Aber die christlich-liberale Koalition ist auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Unsere Antwort auf die Krise und auf die Herausforderungen ist die soziale Marktwirtschaft. Das unterscheidet uns von der rot-rot-grünen Opposition. Wir setzen auf die Freiheit der Marktwirtschaft. Das wichtigste Kapital unseres Landes sind das Selbstvertrauen der Menschen, ihr Optimismus, ihre Leistungsbereitschaft und ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. All dies sind Voraussetzungen dafür, dass der Sozialstaat, den wir alle bewahren und verbessern wollen, erhalten bleibt.

Steuererhöhungen wären Gift

Die Generalsekretärin der SPD wurde dieser Tage in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ gefragt: Wo würde die SPD denn sparen? Sie hat gesagt: Sparen braucht man nicht, man muss nur die Steuern erhöhen. Sie hat die Einführung eines neuen Soli und die Erhöhung von Steuersätzen vorgeschlagen.

Wir wissen, wie erfinderisch die Linken sind, wenn es um die Einführung neuer Steuern geht. Ich erinnere an die rot-grüne Ökosteuer, die mit dem Wohlfühlwort „Öko“ versehen wurde, aber nichts weiter war als das Abkassieren von Menschen.

Welches Etikett auch immer Sie auf eine Steuer kleben: Am Ende müssen die Menschen zahlen. Lassen Sie also das mit den Etiketten! Außerdem wissen Sie genau, dass es wahnsinnig schwer ist, Steuern, die einmal eingeführt sind, wieder abzuschaffen. Deswegen sind wir bei solchen Vorschlägen sehr zurückhaltend.

Altersvorsorge besser schützen – Schonvermögen erhöhen

Wir wollen, dass die Menschen fair behandelt werden, die ihr Leben lang gearbeitet haben und zu einem späten Zeitpunkt ihres Arbeitslebens unverschuldet arbeitslos geworden sind. Es muss ein Unterschied gemacht werden zwischen denen, die jahrzehntelang gearbeitet haben und dann unverschuldet in Hartz IV geraten, und denen, die noch nie gearbeitet haben. Deswegen, aber auch, um den Leistungsgedanken zu betonen, war es uns wichtig, dass das Schonvermögen erhöht wird. Die christlich-liberale Koalition hat diesen Schritt getan.

Kommunale Belange achten und berücksichtigen

Wir werden bei unseren Überlegungen weiter darauf achten, dass die Kommunen auch in der Zukunft ihre Aufgaben erfüllen können. Das ist ein Anliegen, das ich als Vertreter der CSU besonders hervorheben will, weil wir tief in den Kommunen verwurzelt sind. Wir werden auch vonseiten der

Bundespolitik darauf achten, dass die Kommunen in ihrer Wirtschaftsdynamik, in ihrer Investitionskraft weiterhin gefestigt und gestärkt werden. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass die Wachstumsdynamik, die wir gemeinsam durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erhöht haben, auch den Kommunen zugutekommt. Die Steuereinnahmen, die durch zusätzliches Wachstum entstehen, kommen nämlich auch bei den Kommunen an.

Klares Bekenntnis zur Schuldenbremse

Wir – FDP, SPD, CDU/CSU – haben die Schuldenbremse im vergangenen Jahr in Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen gemeinsam verabredet. Wir stehen zu dieser Verantwortung. Ich kann nur immer wieder sagen: Weisen wir gemeinsam alle Angriffe der Linken – sowohl derer, die sich die Linken nennen, als auch der Linken in den Reihen anderer Parteien – auf die Schuldenbremse zurück! ‚Freibier für alle‘ und ‚Schulden machen auf Teufel komm raus‘ ist keine verantwortliche Politik. Deswegen ist die Schuldenbremse richtig.

Diese christlich-liberale Regierung hat einen klaren Auftrag: Wir werden Deutschland aus der Krise führen. Wir werden das Land fitmachen für das neue Jahrzehnt, und wir werden dafür sorgen, dass Deutschland in der Welt an der Spitze steht. Danke schön.“

Sympathie für europäischen Bankenfonds

Der Vorschlag des Sachverständigenrates für einen bankeneigenen Krisenfonds in Europa sollte nach Auffassung der CSU-Landesgruppe ernsthaft diskutiert werden. Gerade große Banken, die für den notwendigen Fluss der Geld- und Kreditströme unerlässlich sind, sollten verpflichtet werden, für künftige Krisenkosten Vorsorge zu treffen. Schließlich darf es nicht sein, dass es Banken gibt, die im Notfall immer vom Steuerzahler gerettet werden müssen, weil dies sonst Folgeschäden hätte, die keiner verantworten kann. Eine gesetzliche Verpflichtung solcher Banken zur finanziellen Absicherung wäre deshalb zu begrüßen. Dabei sollte sich diese Absicherung auf systemische Risiken beschränken. Normale Genossenschaftsbanken oder Sparkassen wären davon nicht betroffen.

Skepsis gegenüber Arbeitspflicht

Mit deutlicher Skepsis begegnet die CSU-Landesgruppe Überlegungen für eine Arbeitspflicht von Hartz IV-Empfängern. Zum einen sehen die gesetzlichen Bestimmungen bereits heute Sanktionen für den Fall vor, dass ein Hartz IV-Empfänger ein Arbeitsangebot ablehnt.

Zum anderen muss bedacht werden, dass es Regionen in Deutschland gibt, in denen man nicht jedem ein Arbeitsangebot unterbreiten und man deshalb auch gar nicht zu Sanktionen greifen kann.